



Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 29

27. August 2015

Inhalt

[Forderung nach mehr Rückendeckung für die öffentliche Verwaltung](#)
[dbb: Flüchtlingskrise stellt europäische Zusammenarbeit in Frage](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW befürchtet chronische Unterfinanzierung der](#)
[Versorgungsrücklagen](#) +++

[DPoIG nennt deutsche und europäische Flüchtlingspolitik „hilflos“](#) +++

[GdS fordert angesichts Flüchtlingswelle mehr Personal für GKV](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Forderung nach mehr Rückendeckung für die öffentliche Verwaltung dbb: Flüchtlingskrise stellt europäische Zusammenarbeit in Frage

(dbb) Bis zu 800.000 Menschen suchen allein 2015 Zuflucht in Deutschland. Zahlreiche EU-Staaten nehmen keine Flüchtlinge auf. Einzelne Staaten leiten Flüchtlingsströme unregistriert weiter. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt warnt vor einer Belastungsprobe für die Europäische Union und kritisiert unzureichende Unterstützung für die Verwaltung. Die Verfolgten bräuchten mehr menschliche Zuwendung, die Verwaltungsmitarbeiter mehr Rückendeckung durch die Politik.

„Die Flüchtlingskrise stellt die europäische Zusammenarbeit in Frage“, sagte der dbb Chef am 21. August 2015. „Wenn eine Reihe von Regierungen sich nicht ihrer humanitären Verantwortung stellt und die Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten in den Wind schlägt, dann gefährdet dieses Verhalten das europäische Einigungswerk“, so Dauderstädt mit Blick auf die Weigerung zahlreicher EU-Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen. „Europäische Zusammenarbeit ist keine Schönwetterpolitik. Die Flüchtlingskrise hat besorgniserregende Verwerfungen in Europa offengelegt“, konstatiert der dbb Bundesvorsitzende.

Dauderstädt hat zudem wiederholt mehr Unterstützung für die in der Verwaltung mit der Flüchtlingsnot beschäftigten Mitarbeiter gefordert. „Nach wie vor geschieht da viel zu wenig. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen fehlt qualifiziertes Personal.“ Dabei gehe es nicht nur um mehr Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. „Auch die Schulen, die Polizei, die Kommunal- und die Sozialverwaltung brauchen mehr Unterstützung, denn die Probleme entstehen vor Ort, in den Städten und Gemeinden.“

Übergriffe wie Brandanschläge gegen Asylbewerberunterkünfte dürften nicht als Ausdruck einer allgemeinen Haltung angesehen werden. „Die große Mehrheit der Bevölkerung ist nicht ausländerfeindlich. Viele Bürgerinnen und Bürger leisten uneigennützig Hilfe und sind ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert.“ Dieses bürgerschaftliche Engagement verdiene hohe Anerkennung, reiche aber bei weitem nicht aus, allein in diesem Jahr 800.000 neuen Asylbewerbern gerecht zu werden. „Diejenigen, die kein Asyl bekommen können, weil sie nicht verfolgt werden, müssen zeitnah in ihre sicheren Heimatländer zurückkehren. Diejenigen, denen Asyl gegeben wird, brauchen effektive Hilfe, Sprachunterricht, Chancen in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt, aber auch menschliche Zuwendung“, so Dauderstädt. „Für all das brauchen Bund, Länder und Gemeinden eine quantitativ wie qualitativ bessere Ausstattung und vor allem die Mitarbeiter des öffentlichen Diensts mehr Rückendeckung durch die Politik.“
(01/29/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW befürchtet chronische Unterfinanzierung der Versorgungsrücklagen

(dbb) Nach einer Ankündigung des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums vom 21. August 2015 will die Landesregierung die bisher aus gutem Grund getrennt geführte Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds Anfang 2017 in einem Pensionsfonds zusammenführen.

Auf solche Pläne reagierte der DBB NRW mit Verwunderung. Landesvorsitzender Roland Staude erklärte, die Errichtung eines Pensionsfonds sei während des „dialogorientierten Verfahrens zur Dienstrechtsreform für das Land Nordrhein-Westfalen“ mit keinem Wort er-

wähnt worden. Immerhin sei die Versorgung ein wesentlicher Bestandteil der Dienstrechtsreform. Hier zeigten sich Parallelen zu offensichtlichen Finanzkompensationen bei der Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen, so Staude.

Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Öffentlichkeit werde Sand in die Augen gestreut, da durch diesen Trick dem Landeshaushalt gerade mal eine Milliarde Euro zugespielt wird. Mit der Entscheidung, die beiden bestehenden Vorsorge-Instrumente zusammenzulegen, würden die Zuführungen drastisch reduziert. Staude: „Dies wird zu einer chronischen Unterfinanzierung der Versorgungsrücklagen führen und ist so für den Beamtenbund nicht akzeptabel.“

Der Plan der Landesregierung sieht vor, zwei unterschiedliche „Versorgungsrücklagen“ zusammenzuführen, die eine ganz unterschiedli-

che Entstehungsgeschichte und Finanzierung haben. Ein Teil der Versorgungsrücklage ist durch die Gelder der Kolleginnen und Kollegen mitfinanziert worden – dieser wurde ihnen bei den Besoldungserhöhungen abgezogen. Dies impliziere eine treuhänderische Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, die zur Abfederung der Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren dienen. „Insofern ist eine Gewerkschaftsbeteiligung eine Selbstverständlichkeit“, so Staude. Der nordrhein-westfälische Beamtenbund fordere einen neutralen Beirat, der über die spätere Verwendung der Mittel mit berät.

(02/29/15)

DPoIG nennt deutsche und europäische Flüchtlingspolitik „hilflos“

(dbb) Die gewalttätigen Auseinandersetzungen in und vor Flüchtlingsunterkünften in jüngster Zeit haben nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) die „schlimmsten Befürchtungen wahr werden lassen“. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt rechnet damit, dass die Gewalttaten noch zunehmen werden, wenn weiterhin keine erkennbaren Gegenmaßnahmen getroffen werden.

„Die Kombination aus konzeptionsloser Politik und massiven Flüchtlingsströmen nach Deutschland und innerhalb Europas ist der ideale Nährboden für das Entstehen eines starken Rechtstextremismus in Deutschland. Alle Auswüchse von Gewalt waren vorhersehbar, wenn man sich nur die Mühe gemacht hätte, die Flüchtlingspolitik mit Weitsicht und strategischer Planung zu untermauern. Stattdessen stolpert die Politik völlig hilflos und ohne Konzeption von einer Empörung zur anderen, ohne dass ein Konzept erkennbar wäre. Im Ergebnis werden Gewalt, Extremismus und auch Rechtsterrorismus folgen. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind es wieder einmal, die das ausbaden müssen“, sagte Wendt am 23. August 2015.

Wendt weiter: „Der wirkungsvolle Schutz von Flüchtlingseinrichtungen vor rechtsextremistischen Funktionären und aufgeheiztem Pöbel

muss deutsche Staatsraison sein. Die Angriffe auf Flüchtlingsheime sind eine Schande für Deutschland. Deshalb müssen endlich alle Register gezogen werden, um solche Gewaltausbrüche zu verhindern. Innerhalb der Unterkünfte müssen sowohl geeignete Wachdienste als auch professionelle Konfliktmanager eingesetzt werden, die in der Lage sind, das Entstehen von Konflikten frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig zu intervenieren. Videotechnik in und um Flüchtlingsunterkünfte muss helfen, Gewalttäter zu identifizieren und rasch festzusetzen. Gleichzeitig muss es ein allgemeines Demonstrationsverbot rund um Flüchtlingsunterkünfte geben; es ist doch unfassbar, dass im Namen der Versammlungsfreiheit rechtsextremistische Gewalttäter und betrunkene Randalierer diejenigen bepöbeln, bedrohen und attackieren können, die vor Hass und Gewalt zu uns geflohen sind.“

(03/29/15)

GdS fordert angesichts Flüchtlingswelle mehr Personal für GKV

(dbb) Angesichts der drastisch steigenden Asylbewerberzahlen hat der Bundesvorsitzende der GdS (Gewerkschaft der Sozialversicherung) Maik Wagner mehr Personal für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) gefordert. Die Beschäftigten bei den Krankenkassen und Medizinischen Diensten stünden bereits jetzt vor hohen Belastungen, um die Versorgung vor Ort sicherzustellen, erklärte Wagner am 21. August 2015.

„Es darf sich nicht wiederholen, dass neue Aufgaben wie die Rente mit 63 oder die Mütterrente von der Politik an die Sozialversicherung weitergereicht werden, ohne die erforderlichen Mittel für mehr qualifizierte Mitarbeiter bereitzustellen.“ Insbesondere die Sprachschwierigkeiten der Flüchtlinge und Asylbewerber würden die betroffenen Beschäftigten vor gewaltige Herausforderungen stellen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung müsse die Politik schon jetzt die Weichen stellen, bevor es zu einem echten Personalnotstand in der GKV komme. „Wir erwarten noch weitere Hunderttausende Flüchtlinge. Der Zustrom an Asylsuchenden wird aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren anhalten.“
(04/29/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Deutschen sind mit der öffentlichen Verwaltung zufrieden. Sie geben den Behörden durchweg gute Noten. Über dieses Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Statistischen Bundesamtes im Auftrag der Bundesregierung zeigte sich der Landesvorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) und dbb Vize **Volker Stich** nicht überrascht: „Das war nicht anders zu erwarten“, sagte er am 21. August 2015. Als Konsequenz aus der Untersuchung mahnte Stich mehr Wertschätzung der Politik für die öffentlich Beschäftigten an. In Baden-Württemberg wäre es dringend geboten, dass Grün-Rot die guten Noten anerkennt und auch die Beamten an der Einkommensentwicklung entsprechend teilhaben lässt, so Stich.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DpolG) hat Erwartungen beim Thema Bahnsicherheit gedämpft. Die Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz zu erhöhen, scheitere allein schon an der schiereren Masse der Fahrgäste, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende **Rainer Wendt** der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 26. August 2015). „Jeden Tag nutzen 7,3 Millionen Menschen die Deutsche Bahn. Selbst wenn wir jeden einzelnen der aktuell 40.000 Bundespolizisten nur für diese Aufgabe einset-

zen würden, käme niemals eine flächendeckende Überwachung zustande“, argumentierte Wendt. Eine Sicherheitsüberprüfung wie etwa im Flugzeug sei schlichtweg illusorisch. Ein bewaffneter Mann war am 21. August in einem Thalys-Hochgeschwindigkeitszug von Amsterdam nach Paris von Fahrgästen niedergeworfen worden. Vertreter der 28 EU-Staaten planen, Mitte September über verstärkte Sicherheitsmaßnahmen im internationalen Bahnverkehr zu sprechen.

Die Politik weiß nach Einschätzung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) nicht, wie die Jahrhundertaufgabe der Integration junger Flüchtlinge in den Schulen zu lösen sei. „Im Gegenteil“, zitiert das Magazin „Stern“ (Ausgabe vom 27. August 2015) den VBE-Bundesvorsitzenden **Udo Beckmann**. „Wir erleben zurzeit mit Schrecken, dass es keinerlei Strategie gibt. Es fehlt an allen Ecken: Klassen, Schulen, Personal.“ Das liege auch daran, dass Deutschlands Schulpolitiker zuletzt vor allem den Rückbau pflegten. Länder und Kommunen haben binnen zehn Jahren mehr als 6.100 Schulen geschlossen. Standards, nach denen Kinder aus anderen Kulturen beschult werden können, wurden nie verbindlich vereinbart.
(05/29/15)

Termin zum Vormerken:

2. Seniorenpolitische Fachtagung

„Pflegestärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?“
Berlin, 8. Oktober 2015